

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Katja Hessel, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Frank Schäffler, Markus Herbrand, Till Mansmann, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Renata Alt, Jens Beeck, Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Reginald Hanke, Katrin Helling-Plahr, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Bernd Reuther, Frank Sitta, Katja Suding, Linda Teuteberg, Gerald Ullrich und der Fraktion der FDP

Auswirkungen der COVID-19-Situation auf das Personal im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

Die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege wird für viele Menschen im Erwerbsleben immer bedeutsamer. Bundesministerien und Behörden sollten sich als attraktive Arbeitgeber positionieren und durch eine zukunfts zugewandte, familienbewusste Personalpolitik die Produktivität und Arbeitszufriedenheit der Dienstkräfte steigern.

Die COVID-19-Situation hat in vielen Bereichen Mängel bei der Digitalisierung und Flexibilisierung von Arbeits- und Prozessabläufen sichtbar werden lassen. Es ist nach Ansicht der Fragesteller zu vermuten, dass auch im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen erhebliche Verbesserungspotenziale bei der Personalpolitik bestehen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche personalpolitischen Maßnahmen hat die Bundesregierung aufgrund der COVID-19-Situation im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen (Bundesfinanzverwaltung und sonstiger Geschäftsbereich) seit dem 1. März 2020 konkret ergriffen?
2. Wie viele positive COVID-19-Infektionen sind der Bundesregierung unter den Beschäftigten im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen bekannt?
3. Wie viele Beschäftigte haben im Notbetrieb (volle oder zeitweise Anwesenheit in der Dienststelle) im Zeitraum vom 1. März 2020 bis 30. September 2020 gearbeitet (bitte nach Dienststellen aufgliedern)?
4. Wie viele Beschäftigte und wie lange waren diese gesundheitsbedingt vom Dienst in der Zeit vom 1. März 2020 bis 30. September 2020 freigestellt (bitte nach Dienststellen aufgliedern)?
5. Welche Entwicklungen bei den Krankheitszahlen sind in den Dienststellen seit dem 1. März 2020 bis zum 30. September 2020 zu verzeichnen (bitte Krankheitstage nach Monaten und Dienststellen aufgliedern)?

6. Wie viele Homeoffice- bzw. Telearbeitsplätze wurden seit dem 1. März 2020 infolge der Situation neu eingerichtet (bitte nach Dienststellen aufgliedern)?
7. Zu welchen Erfahrungen führte die Gewährung von Homeoffice- bzw. Telearbeit seit dem 1. März 2020 bei den Dienststellen, insbesondere im Bundesministerium der Finanzen?
8. Wie viele Beschäftigte konnten den Dienst nicht verrichten, weil eine adäquate Ausstattung für einen Homeoffice- bzw. Telearbeitsplatz nicht zur Verfügung stand (bitte nach Dienststellen aufgliedern)?
9. In welchen Bereichen hat sich die Einrichtung von Homeoffice- bzw. Telearbeitsplätzen als nicht möglich oder nicht umsetzbar erwiesen?
10. Wie plant die Bundesregierung, eine familienbewusste Personalpolitik, die zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege führt, im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen zukünftig besser umzusetzen?

Berlin, den 21. Oktober 2020

Christian Lindner und Fraktion